



Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat

22. März 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin Miriam Hess

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 1

Wohnungen für Mitarbeiter*innen des Klinikums

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat. Ebenso begrüßt Sie recht herzlich Herrn Dr. Boden, der zum ersten Mal an der Sitzung teilnimmt.

Es gibt keine Anmerkungen aus dem Gremium zur Tagesordnung.

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 1 auf und verweist auf die Vorlage. Sie eröffnet die Diskussionsrunde.

Frau Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) bedankt sich zunächst für die großartige Leistung, die das Klinikum unter schwierigsten Bedingungen in dieser äußerst angespannten Situation erbracht habe. Diese bleibe weiterhin angespannt, besonders im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Man müsse in Karlsruhe dafür sorgen, dass das Klinikum seine Aufgabe für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region erfüllen könne. Sie bedankt sich für die zutreffende Stellungnahme und regt zur Gewinnung von Pflegekräften an, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Gerade für junge Pflegekräfte - auch aus dem Ausland - sei der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum hoch. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Stadtverwaltung, das Klinikum und die Volkswohnung bereits mit großen Bemühungen das Thema angehen.

Herr Stadtrat Dr. Thomas Müller (CDU) ergänzt, der Pflegenotstand sei ein bundesweites Phänomen. Zudem seien nicht nur die Kliniken betroffen, wie das Städtische Klinikum Karlsruhe, sondern auch Pflegeheime oder ambulante Pflegedienste. Hier würden ebenfalls dringend Pflegekräfte benötigt. Daher regt er an, dass durch die Volkswohnung ein Kontingent an Wohnraum für alle in Karlsruhe Beschäftigten in der Pflege bereitgestellt werde, worauf sich die Pflegekräfte bewerben können. Unter den Pflegekräften gebe es einige Pendler nach Karlsruhe und auch Familien, die außerhalb Karlsruhes wohnen, da sie sich kein Eigentum in Karlsruhe leisten können. Wenn von Seiten der Stadtverwaltung hier etwas unternommen werde, müssten alle Beschäftigten in der Pflege berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) ist dankbar für den hervorragenden Antrag. Er fügt hinzu, dass die ganze Lebenssituation der Menschen betrachtet werden müsse. Ebenso wäre auch für die Gewinnung von ärztlichem Personal das Angebot von Wohnraum durchaus attraktiv.

Frau Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) bedankt sich bei der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion für den wichtigen Antrag. Aus ihrer Sicht könne das Problem des Personalmangels im Krankenhaus nur dann gelöst werden, wenn der Personalschlüssel angepasst werde. Dringend würde eine Mindestbesetzung der Stationen benötigt. Ebenso sei die Mietsituation in Karlsruhe für einen Großteil der Bürger*innen nicht mehr bezahlbar. Insgesamt müsse daher das Thema Miete und Mietspiegel in Karlsruhe angegangen werden. Gerade für die Gruppe der Beschäftigten in Karlsruhe, die zu schlechten Löhnen, aber mit viel Engagement arbeite, sollte bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Für die Pflegekräfte sei besonders eine arbeitsplatznahe Wohnung wichtig. Sie würde sich wünschen, dass die Stadt oder das Klinikum an die Stelle eines Hauptmieters trete.

Herr Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD) fügt an, dass aus vielen Steinen ein Haus werde. Die Stadt Karlsruhe brauche eine Mietpreisbremse. Man müsse schauen, dass die Themen angegangen werden, die angegangen werden können. Zudem erkundigt er sich, wie viele Menschen in der Pflege am Städtischen Klinikum arbeiten. Die Anzahl der Pflegekräfte am Klinikum stelle nur einen Bruchteil der Menschen dar, die in der Pflege in Karlsruhe arbeiten würden. All denen müsste man demzufolge gerecht werden. Die Volkswohnung könne hierfür nicht die „eierlegende Wollmilchsau“ sein. Er habe Zweifel, wie dieser Vorschlag, mehr Wohnraum für Pflegekräfte in Karlsruhe zu schaffen, tatsächlich umgesetzt werden kann.

Frau Marliese Fichter ergänzt, dass die Wohnraumsuche für Pflegekräfte eine Chance bieten könnte, leerstehenden Wohnraum zu nutzen. Dieser wäre besonders bei älteren Vermietern zu verzeichnen, bei denen Ängste bzgl. einer Vermietung bestehen. Ihr Vorschlag wäre, dass die Stadtverwaltung offensiv vorgehe und um Wohnraum für Pflegekräfte oder Klinikmitarbeitende werbe. Aus ihrer Sicht könne es nicht nur darum gehen, neue Flächen zu bebauen, sondern ebenso ungenutzten Wohnraum zu vermieten.

Herr Oliver Schnell (AfD) begrüßt die Stellungnahme der Stadtverwaltung. Ebenso ergänzt er, dass die hohen Mieten nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch beispielsweise Handwerker betreffe. Umso wichtiger sehe er die Position der Volkswohnung darin, die Mieten, die die Volkswohnung anbiete, möglichst niedrig zu halten.

Herr Stefan Storz (Geschäftsführer Volkswohnung GmbH) stellt dar, dass die Volkswohnung leider seit Jahren einen Mangel verwalte und ein Angebotsproblem vorliegen würde. Insgesamt gebe es 10.000 Mietinteressent*innen, aber nur ca. 700 Mietwechsel pro Jahr. Der Mietpreis würde bei 6,31 € pro m² liegen. Zudem seien 95% der Mieten KdU fähig. Außerdem könne grundsätzlich von Seiten der Volkswohnung keine bestimmte Personengruppe bevorzugt werden, es sei denn, dies würde im Gemeinderat beschlossen werden. Zudem sei die Volkswohnung kontinuierlich im Austausch mit dem Klinikum oder den Stadtwerken. Wenn zusätzlich zu den 13.000 Bestandswohnungen der Volkswohnung Wohnraum geschaffen werden könnte, wäre man jederzeit zu einer

Kooperation bereit. Beispielsweise würde die Volkswohnung gerne mit dem Klinikum gemeinsam Möglichkeiten in der Nordweststadt prüfen.

Die Vorsitzende fügt hinzu, dass es darum gehe, die Möglichkeiten zu prüfen, bei denen eine Kooperation Sinn macht.

Frau Birga Pagel (Geschäftsführerin Karlsruher Versorgungsdienste im Sozial- und Gesundheitswesen GmbH) erläutert, dass das Klinikum weit über 2.000 Pflegekräfte, Pflegehelfer habe sowie zusätzlich noch Mitarbeitende in der Küche, Logistik oder Wäscheversorgung. Das Klinikum verfüge über Wohnheime für Schüler*innen als auch 1-Zimmer Appartements. Zudem gebe es immer mal wieder vereinzelt Bewerber*innen, die eine Stelle ablehnen, wenn ihnen kein Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Einige Kliniken beschäftigen sich derzeit mit dem Thema Schaffung von Wohnraum zur Personalbindung und Personalgewinnung. Gerade auch die neuen Mitarbeitenden und Pflegekräfte aus dem Ausland möchte man an das Klinikum und nach Karlsruhe binden. Viele internationale Pflegekräfte möchten allerdings, wenn sie langfristig in Deutschland bleiben, ihre Familien zu sich holen. Daher wäre ein Angebot an Wohnraum für Familien attraktiv. Das Klinikum begrüße den Vorschlag, zusammen mit der Volkswohnung den Bedarf zu messen und zu prüfen, welche Möglichkeiten es geben könnte, um eine gute Lösung zu finden.

Die Vorsitzende merkt an, dass dies alles am Ende natürlich eine politische Entscheidung sei. Es wäre durchaus zu überlegen, ob weitere Personenkreise eingebunden werden sollen. Zur Anmerkung von Frau Stadträtin Binder fügt sie hinzu, dass kurzfristig mit der Anpassung des Personalschlüssels das Problem nicht gelöst werden könne, da ja viele freien Stellen schon heute nicht besetzt werden können. Man versuche, am Klinikum über gute Arbeitsbedingungen das Personal zu binden und zu gewinnen. Wohnraum für die Mitarbeitenden des Klinikums zur Verfügung zu stellen sei sicherlich ergänzend sinnvoll. Der Ansatz von Frau Fichter zum Thema Wohnraumakquise bzgl. Nutzung von leerstehendem Wohnraum sei interessant, gerade auch für ältere Menschen. Diesen Vorschlag bespreche sie gerne im Rahmen der städtischen Wohnraumakquise mit Dezernat 3.

Frau Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) fragt nach, ob es juristisch zulässig wäre, dass das Klinikum als Hauptmieter auftreten würde, um einzelne Wohnungen an die Mitarbeitenden weiter zu vermieten.

Herr Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD) fügt hinzu, dass das Thema bzgl. Nachnutzung leerstehender Wohnraum schon oft im Gemeinderat diskutiert wurde. Der vorhandene Leerstand sei ein gesunder Leerstand. Es müsse Spielräume geben für die Wohnungsakquise der Stadt. Er könne sich ebenso die Stadt oder das Klinikum als Hauptmieter vorstellen. Je konkreter die Bedingungen für die Vermieter seien, desto eher werden Wohnungen gefunden.

Die Vorsitzende weist daraufhin, dass bei Leerstand differenziert werden müsse. Leerstehende Häuser bzw. komplette Wohnungen gebe es eher weniger. Es gehe vielmehr um Zimmer, die durch ältere Personen vermietet werden könnten, die z.B. allein in einem großen Haus oder einer großen Wohnung leben.

Frau Birga Pagel (Geschäftsführerin Karlsruher Versorgungsdienste im Sozial- und Gesundheitswesen GmbH) ergänzt, dass sie gerne das Thema Klinikum als Hauptmieter mitnehme und juristisch prüfen lasse.

Frau Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) merkt an, dass noch die Frage zu klären sei, ob das Klinikum eine Ausschreibung für die Wohnungsakquise aufsetze. Ein Vorschlag wäre, dass alle Genossenschaften versuchen sollten, mit den älteren Bürger*innen zu klären, ob es ggf. leerstehenden Wohnraum gibt. Die Stadt Karlsruhe stehe weiterhin vor großen Herausforderungen auch im Hinblick auf Wohnraum für Erzieher*innen oder aktuell für ukrainische Flüchtlinge.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass die in der Sitzung aufgeführten Anregungen und Vorschläge von Seiten des Klinikums, der Stadt und der Volkswohnung geprüft werden. Abschließend erkundigt sie sich, ob eine weitere Beratung im Gemeinderat von der BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Gemeinderatsfraktion gewünscht werde.

Die Beratung des Antrags in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat sei ausreichend, so die Rückmeldung. Wenn erste Ergebnisse vorliegen, wird das Thema im Ausschuss erneut beraten.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Miriam Heß
Protokollführerin

Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat

22. März 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Susanne Gerner

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 2 Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Karlsruher Südwesten

Der Antrag der AfD-Fraktion ist vom Gemeinderat zur Beratung an den AUG verwiesen worden. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt dem Gremium vor.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Bettina Lisbach eröffnet die Diskussion zur vorliegenden Stellungnahme.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) zeigt sich enttäuscht von der Stellungnahme, aus welcher er die Schlussfolgerung zieht, dass die Initiative der Bürgervereine aus dem Karlsruher Südwesten für ein Ärztehaus seitens der Stadt nicht unterstützt werde. Er betont, dass angesichts der aktuellen Situation in Oberreut die Nachfolge der dort demnächst in den Ruhestand tretenden Ärzte durch das Fehlen zukunftsfähiger Räumlichkeiten gefährdet sei. Die Begründung dafür, warum das von den Bürgervereinen avisierte Ärztehaus die Situation nicht unmittelbar verbessern würde, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Für die aktuelle Untersuchung der Stadtverwaltung zur ärztlichen Versorgung in Karlsruhe ist aus seiner Sicht der Zeitraum von deren Ankündigung im September 2021 bis zur Vorstellung der Ergebnisse bei der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Juli 2022 zu lang angesetzt. Auch die von der Volkswohnung für Arztpraxen in Oberreut in Aussicht gestellten räumlichen Möglichkeiten seien angesichts der erforderlichen Verfahrens- und Bauzeiten zu langfristig. Insofern ist er unzufrieden mit der Stellungnahme.

Stadtrat Dr. Thomas Müller (CDU) hält den Ansatz der Stellungnahme für richtig, zunächst zu klären, auf welche Faktoren der sich anbahnende Ärztemangel tatsächlich zurückzuführen ist. Neben fehlenden Räumen könnten dabei auch andere Probleme eine Rolle spielen, beispielsweise eine generell zu geringe Zahl an geeigneten oder interessierten Nachfolgern. Auch der Zuschnitt von Praxisräumen sowie der Bedarf an größeren Räumlichkeiten für Gemeinschaftspraxen mit mehreren Angestellten könnte zunehmend wichtig werden. Daher plädiert er dafür, vor weiteren Entscheidungen die Ergebnisse der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Juli abzuwarten, um auf deren Grundlage für die Gesamtstadt klären zu können, ob und wo die Stadt oder die Kassenärztliche Vereinigung (KV) aktiv werden sollte.

Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD) hält es für zu kurz gegriffen, nur das Gebäude für ein Ärztehaus bauen zu wollen. Angesichts der Komplexität des Themas sei der Austausch mit der Ärzteschaft besonders wichtig. Er begrüßt, dass dieser Austausch mit dem Runden Tisch in Oberreut bereits begonnen wurde. Eine Gesamtstrategie sei wichtig und müsse in Ruhe erarbeitet werden.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) sieht in der Frage der ärztlichen Versorgung ein vergleichbares Problem, wie beim Thema Pflegekräftemangel. Bundesweit gebe es zu wenig Ärztinnen und Ärzte, viele seien bereits älter, wodurch die Versorgungslage sich zunehmend verschärfen werde. Insbesondere bei jungen Ärztinnen sei zu beobachten, dass diese keine Einzelniederlassungen mehr anstreben, sondern die Arbeit in Gemeinschaftspraxen vorziehen, wo sie ihre Arbeitszeiten besser regeln können. In Oberreut sieht sie gute Perspektiven, die aber nicht so schnell zu realisieren seien. Die ärztliche Versorgung könne generell nicht immer im eigenen Stadtteil gewährleistet werden. Unter Umständen müsse für den Arztbesuch auch ein benachbarter Stadtteil aufgesucht werden. Die Kommunale Gesundheitskonferenz begrüßt sie als Chance für neue Impulse und Strategien.

Nach Ansicht von **Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.)** ist das Warten auf die Kommunale Gesundheitskonferenz sinnvoll, um das Thema grundsätzlich angehen zu können. Auch sie betont, dass sich die erforderlichen Rahmenbedingungen für moderne Ärztinnen heute anders darstellen als früher. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) sieht sie als nicht ganz unschuldig an der Situation. Diese werde das Problem nicht alleine lösen. Daher müsse die Stadt für die Infrastruktur einstehen und Verantwortung mit übernehmen.

Aus ihrer Sicht sollte bei jedem größeren Wohnprojekt die ärztliche Versorgung direkt mitgedacht werden. Die Bürgervereine müssten ernst genommen werden und handeln in guter Voraussicht. Dabei sei die hausärztliche Versorgung im Nahumfeld wichtiger als mit Fachärzten. Insbesondere für ältere Personen sei die dezentrale Versorgung in den Quartieren entscheidend, nicht in einem großen zentralen Ärztehaus.

Stadtrat Karl-Heinz Jooß (FDP) fragt, ob die Ärzte bereits selbst mit ihren Bedarfen an die Stadt herangetreten seien. Er betont aus eigener Erfahrung, wie schwer es sei, angesichts des Ruhestandes eines langjährig vertrauten Arztes einen Ersatz zu finden und hofft, dass bei der Gesundheitskonferenz genauer Erkenntnisse über die Bedarfe der Ärzte gewonnen werden können.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) weist auf das aktuelle Schreiben von Herrn Stober (2. Vorsitzender Bürgerverein Oberreut) an die Gemeinderäte hin. Dieses zeige, dass die Situation nicht gut sei. Er habe nach wie vor den Eindruck, dass nichts passiere und das Problem an den nicht vorhandenen Räumen liege.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) betont, dass niedergelassene Ärzte heute mit der Praxisführung, Abrechnung etc. vor so umfassenden Anforderungen stünden, dass die Selbständigkeit als schwierig empfunden werde. Daher würden viele lieber nach einer Gemeinschaftspraxis suchen. Hier könne die Stadt sich engagieren.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass die aktuelle Befragung der Ärztinnen und Ärzte die angesprochenen Bedarfe klären solle. Fragen nach geeigneten Immobilien und Praxiszuschnitten würden dabei sicher eine wichtige Rolle spielen. Anhand der Ergebnisse von Umfrage und Interviews werde man diese Fragen ausführlich betrachten und geeignete Unterstützungsmöglichkeiten klären. Sie betont, dass der Runder Tisch zur ärztlichen Versorgung in Oberreut sowohl 2020 als auch 2021 stattgefunden hat, sodass der Kontakt immer vorhanden war. Sie gibt zu bedenken, dass das vom Bürgerverein angestrebte Ärztehaus zunächst einen Bebauungsplan erfordere, sodass sich das Verfahren und gegebenenfalls die Baumaßnahme noch über Jahre hinziehen werde, bis ein Ärztehaus in Betrieb gehen könne. Dies sei also keine kurzfristige Lösung, und der Austausch bezüglich der akuten Situation in Oberreut werde unabhängig davon fortgesetzt.

Stefan Storz (Geschäftsführer Volkswohnung Karlsruhe) betont, dass der Dialog mit dem Bürgerverein in Oberreut der Volkswohnung immer wichtig war und kontinuierlich gepflegt werde. Mit Herrn Scharrschmidt (1. Vorsitzender Bürgerverein Oberreut) habe es einen langjährigen intensiven Kontakt gegeben. Seit dessen Erkrankung werde der Dialog nun mit Herrn Stober fortgesetzt. Beim Bauvorhaben Woerishofferstraße sei eine reine Wohnbebauung vorgesehen, teilweise mit geförderten Wohnungen. Dort seien Änderungen hinsichtlich von Praxisräumen nicht mehr möglich gewesen, da die Planung schon zu weit fortgeschritten war. Für das geplante Ortsteilzentrum Ecke Otto-Wels-/Rudolf-Breitscheid-Straße seien aber Praxisflächen vorgesehen. Da dort das Umlegungsverfahren gestoppt wurde, sei die Planung ins Stocken geraten. Dadurch könne die Realisierung erst in einigen Jahren abgeschlossen werden, was nicht von der Volkswohnung zu vertreten sei. In dem Ortsteilzentrum seien Flächen für die ärztliche Versorgung bereits hinterlegt. Die Volkswohnung sei auch weiterhin immer für Gespräche offen, sofern Perspektiven gegeben seien. Aktuell gebe es jedoch nur die in der Stellungnahme genannten Optionen. Er gibt auch zu bedenken, dass die Volkswohnung

spezialisiert ist auf das Wohnen in zeitgemäßer Form für alle Generationen. Bei der Erstellung von Räumlichkeiten für Arztpraxen sei demgegenüber nur wenig eigene Expertise gegeben und daher ein gemeinsamer Dialog besonders wichtig.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) zieht für sich das Fazit, dass keine Lösung für Oberreut in Sicht sei.

Dem widerspricht **die Vorsitzende** und betont, dass sowohl an einer langfristigen Lösung mit der Volkswohnung gearbeitet wird als auch an Zwischenlösungen, wie sie Herr Stober in seinem Schreiben benennt. Der Runde Tisch in Oberreut gehe im Herbst weiter, und die kommunale Gesundheitskonferenz werde bis dahin weitere Erkenntnisse bieten. Mit Bezug auf die Kritik am Zeitbedarf für die aktuelle Untersuchung stellt sie klar, dass in der Verwaltung lediglich 1,5 Vollzeitstellen für die kommunale Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen, die mit einer Vielzahl von Gesundheitsthemen befasst sind. Diesem Umstand müsse bei der Bearbeitung des Themas umso mehr Rechnung getragen werden, als die Arbeitsbelastungen in diesem Bereich durch die aktuelle Flüchtlingskrise noch weiter zugenommen haben. Sie schließt die Beratung damit ab und weist darauf hin, dass das Thema auch noch im Planungsausschuss behandelt wird.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Susanne Gerner
Protokollführerin

Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat

22. März 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Anja Ecke

TOP 3 Öffentliche Straßenbeleuchtung - Anpassung der Strategie zur Änderung der Lichtfarbe aufgrund des Naturschutzgesetzes

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und fragt, ob eine Präsentation durch **Herrn Manfred Weiß (Stadtwerke Karlsruhe)** gewünscht sei, was von den Mitgliedern des Ausschusses verneint wird.

Herr Hartmut Weinrebe (BUND) sieht in der Informationsvorlage ein gemeinsames Interesse am Naturschutz, zu dem es bereits gemeinsame Gespräche zwischen der Stadt und dem BUND gegeben habe. Es reiche jedoch nicht, nur über den Naturschutz zu reden, man müsse auch handeln. Daher unterstütze er die Strategieanpassung. Er wolle jedoch ergänzen, dass vor der insektenfreundlichen Gestaltung der Beleuchtung die Vermeidung

stehen müsse. Er nennt dazu als Beispiel die geplante Radschnellverbindung Rastatt – Karlsruhe, für die das Regierungspräsidium Karlsruhe auf eine Beleuchtung bestehe, wodurch sich womöglich ein Lichtband durch die Natur ziehen werde. Er fordert, einen Verzicht auf Beleuchtung in den Trassenüberlegungen zu berücksichtigen.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) erwähnt, dass in der Stadt auch die Lichtverschmutzung durch die private Beleuchtung von Gebäuden ein Problem sei und sie daher einen allgemeinen Handlungsbedarf sehe. Zudem fragt sie nach der Helligkeitswahrnehmung warmweißen Lichts gegenüber der bisherigen Lichtfarbe und ob es Untersuchungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl bei den unterschiedlichen Lichtfarben gebe.

Stadtrat Clemens Cremer (GRÜNE) bittet um eine Einschätzung der Mehrkosten und der Höhe des zusätzlichen Energiebedarfes, wenn man auch die bereits auf neutralweiße LED (4.000 Kelvin) umgerüsteten Leuchten auf die neue Lichtfarbe umstellen wolle und wie es sich mit den Kosten bei noch wärmeren Farbtemperaturen verhalte.

Frau Marlies Fichter (BUND) berichtet von ihrer Erfahrung, dass eine warmweiße Beleuchtung bei vielen Anwohnern positiver wahrgenommen werde, während eine kühlere Beleuchtung häufig als blendend empfunden werde.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) erzählt von seiner Beobachtung, dass Fledermäuse das Nahrungsangebot im breiten Lichtkegel einer ihm gut bekannten Straßenleuchte dankbar annehmen und fragt in dem Zusammenhang, wie schädlich die Beleuchtung denn tatsächlich für die Natur sei.

Herr Hartmut Weinrebe (BUND) antwortet auf die Frage des **Herrn Stadtrat Oliver Schnell (AfD)**, dass die Natur ein komplexes System sei. Der Einfluss der Beleuchtung auf Fledermäuse sei artabhängig. Manche Arten nutzen die Leuchten als Unterstützung beim Jagen; andere Arten meiden Licht und fliegen sehr große Umwege, wenn beleuchtete Wege deren Jagdgebiete durchschneiden. Die künstliche Beleuchtung habe durchaus einen negativen Einfluss auf die Biodiversität.

Herr Manfred Weiß (Stadtwerke Karlsruhe) führt aus, dass bei der Straßenbeleuchtung in Karlsruhe der Grundsatz verfolgt werde, zunächst möglichst auf neue Beleuchtungen zu verzichten und darüber hinaus nur so viel zu beleuchten wie notwendig. Zur Wirkung der Lichtfarbe auf das subjektive Empfinden und die Verkehrssicherheit erläutert er, dass das Helligkeitsempfinden des Menschen durchaus in Abhängigkeit zur Lichtfarbe stehe. Dabei werden kühlere Lichtfarben aufgrund des höheren Blauanteiles bei gleichem Lichtstrom zumeist heller wahrgenommen als wärmere. Ein Einfluss auf die Verkehrssicherheit bestehe dadurch jedoch nicht, da für die Verkehrssicherheit das Kontrastsehen und die Hinderniserkennung entscheidend sei. Zur Erzeugung wärmerer Lichtfarben werde bei LED aber für den gleichen Lichtstrom mehr Energie benötigt. Der Sprung von aktuell 4.000 Kelvin auf die geplanten 3.000 Kelvin gehe mit einem erhöhten Energiebedarf von etwa sechs bis acht Prozent einher. Der erhöhte Energiebedarf in diesem Umfang erscheine jedoch vor dem Hintergrund des ökologischen Nutzens vertretbar. Für noch wärmeres Licht, beispielsweise 2.200, 2.000 oder 1.800 Kelvin, liege die Steigerung des Energiebedarfs bei über 40 Prozent. Die gewählte Lichtfarbe von 3.000 Kelvin stelle daher einen Kompromiss zwischen ökologischem Nutzen und den Zielen des Karlsruher

Klimaschutzkonzeptes dar. Es bestehe auch die begründete Hoffnung auf eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung bei künftigen Umrüstungsmaßnahmen, da die geplante Lichtfarbe mit 3.000 Kelvin in der Mitte zwischen der bisherigen Standardlichtfarbe (4.000 Kelvin) und der wärmeren Lichtfarbe der älteren Natriumdampf-Hochdrucklampen (2.000 Kelvin) liege.

Zum Thema Fledermäuse und Lichtkegel verweist er darauf, dass die Lichtstärkeverteilung bei den Leuchten so gewählt werde, dass die normativen Vorgaben möglichst gerade erfüllt werden, wobei die Lichtstärkeverteilungskurven wesentlich vom Straßenquerschnitt und der Anlagengeometrie abhängig seien. Er erläutert weiter, dass für die Anlockwirkung auf Tiere beziehungsweise Insekten nicht in erster Linie die Lichtfarbe, sondern vielmehr die Sichtbarkeit und Intensität der Lichtquellen maßgeblich sei. Deswegen könne etwa durch den Einsatz von technischen LED-Leuchten mit planen Leuchtengläsern ein größerer Effekt erzielt werden, da die Leuchten durch deren Geometrie aus der Ferne weniger sichtbar seien. In dem Zusammenhang verweist er auf die Teilnahme der Straßenbeleuchtung an dem Forschungsprojekt „NaturLicht“ am alten Flugplatz in Neureut.

Herr Hartmut Weinrebe (BUND) verweist auf den Unterschied zwischen bebauten und naturschutzfachlich sensiblen Bereichen. Für letztere wünscht er, dass auch andere Lichtfarben, zum Beispiel 1.800 Kelvin, in Erwägung gezogen werden.

Stadtrat Clemens Cremer (GRÜNE) fragt noch einmal nach einer Größenordnung der Mehrkosten und des zusätzlichen Energiebedarfs für den Fall, dass die bereits umgerüsteten LED-Leuchten mit der Lichtfarbe 4.000 Kelvin nicht weiter betrieben, sondern auf die warmweiße Lichtfarbe umgerüstet werden.

Herr Prof. Dr. Harald Bradke (Sachkundiger Einwohner) fragt nach den Möglichkeiten bewegungsabhängiger Beleuchtung.

Herr Artur Bossert (NABU) fragt, ob man im Blick habe, dass auch bei Veranstaltungen zum Teil für die Natur schädliche Beleuchtung zum Einsatz komme und ob es Vorgaben für die Veranstalter gebe.

Herr Manfred Weiß (Stadtwerke Karlsruhe) erklärt, dass die Bestandsleuchten erst zum Lebensdauerende ausgetauscht werden sollen. Dies gelte vor allem auch für solche Leuchten, die erst vor kurzem auf LED umgerüstet worden seien. Bei einem künftigen Austausch von LED-Leuchten der Farbtemperatur 4.000 Kelvin durch solche der Farbtemperatur 3.000 Kelvin seien neben den höheren Betriebskosten keine Mehrkosten zu erwarten, da sich in dem Fall weder die Montagekosten noch die Materialkosten unterscheiden. Bei Leuchten mit sehr warmer Lichtfarbe könne das durchaus anders sein. Unabhängig davon seien aber die Unterhaltungskosten aufgrund des deutlich größeren Energiebedarfs für das noch wärmere Licht erheblich höher, was wiederum im Widerspruch zu dem ursprünglichen Ziel der Energieeinsparung des Klimaschutzkonzeptes stehe. Eine zusätzliche Energieeinsparung könne durch eine Dimmung beziehungsweise Nachtabsenkung der Leuchten erreicht werden, zu der eine weitere Informationsvorlage in Vorbereitung sei. Light-on-Demand-Lösungen seien bisher in Karlsruhe nicht vorgesehen, da es auch aus der Bevölkerung Vorbehalte, etwa gegen den „Lichtorgeleffekt“ oder die Erkennbarkeit von Personenbewegungen, gebe. Technisch sei Light-on-Demand jedoch möglich und beispielsweise auch auf dem Betriebsgelände der Stadtwerke oder dem Campingplatz Durlach umgesetzt, wo Leuchten in Gruppen geschaltet auf Bewegung

reagieren. Bewegungsabhängiges Licht erfordere allerdings mehr Elektronik, die sich negativ auf die Lebensdauer einzelner Komponenten und damit der Beleuchtung auswirke. In der Straßenbeleuchtung setze man daher bisher auf stabile, langlebige Lösungen. Eine Light-on-Demand-Lösung erfordere auch eine aufwendige Umrüstung der bestehenden Infrastruktur, da aufgrund des volatilen Stromverbrauchs neue Schaltschränke mit Stromzählern und zum Teil neue Verkabelungen erforderlich werden. Eine einfache und kostengünstige „Abrechnung nach Brennkalender“, wie sie bisher größtenteils erfolgt, sei dann nicht mehr möglich. Grundsätzlich seien in besonderen Fragen zur Straßenbeleuchtung auch in Zukunft Einzelfallentscheidungen mit den entsprechenden Ämtern vorgesehen.

Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD) greift das Dilemma zwischen dem erhöhten Energiebedarf für warmweißes Licht und den Belangen des Naturschutzes auf und spricht sich dafür aus, in besonders sensiblen Bereichen Flexibilität zu zeigen und dort eine Umrüstung der LED-Leuchten mit einer Lichtfarbe von 4.000 Kelvin vor dem Lebensdauerende vorzunehmen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass bis zum Jahr 2030 genug Leuchten auszutauschen seien, hält eine solche Lösung einzelfallbezogen aber für möglich.

Herr Manfred Weiß (Stadtwerke Karlsruhe) erläutert im Nachgang zur Frage von **Herrn Artur Bossert (NABU)** zu den Veranstaltungsbeleuchtungen, dass die Abteilung Straßenbeleuchtung zwar für die dauerhaft installierten, öffentlichen Objektbeleuchtungen zuständig sei und diese hinsichtlich des Naturschutzgesetzes derzeit geprüft werden, jedoch nicht für die angesprochenen Veranstaltungsbeleuchtungen. Er bitte daher um Nachsicht, dass er wenig bis keinen Einfluss auf temporäre Event-Beleuchtungen habe. Seiner Erfahrung nach sei ein Großteil der Event-Beleuchtungen, wie etwa die aktuelle Effektbeleuchtung des Rathauses, zwischenzeitlich zumindest weitestgehend auf LED-Technik umgestellt.

Herr Artur Bossert (NABU) ergänzt, dass in Karlsruhe etwa einmal im Jahr eine Veranstaltung in sensiblen Bereichen stattfindet. Die Stadt solle den Veranstaltern seiner Meinung nach, zum Beispiel im Rahmen der Genehmigung ihrer Events, Vorgaben zur Beleuchtung machen.

Norbert Hacker (Amtsleiter Umwelt- und Arbeitsschutz) erklärt, dass sich sein Amt durchaus bei vorgesehenen Veranstaltungen in sensiblen Bereichen widersetze und auf den Artenschutz achte. Es gebe auch Vorgaben, beispielsweise dass keine Bäume direkt angestrahlt werden dürfen. Der gesetzliche Rahmen werde dafür vollständig ausgenutzt. Außerdem betont er das gute Verhältnis zu Herrn Manfred Weiß (Stadtwerke Karlsruhe) und die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit in Umweltbelangen. Er hoffe auf einen weiteren technischen Fortschritt, der bereits in der Vergangenheit zu einer Verbesserung des Naturschutzes beigetragen habe.

Beschluss: Der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen nimmt von der Vorlage Kenntnis.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Anja Ecke
Protokollführerin

Protokoll

**Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und
Naturschutzbeirat**

22. März 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Susanne Gerner

TOP 4 Karlsruher Nachhaltigkeitsbericht 2021

Im Rahmen einer Projektstelle wurde 2021 ein Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt Karlsruhe erstellt. Vorlage und Bericht liegen dem Gremium vor.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Bettina Lisbach eröffnet die Diskussion.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) dankt für den umfangreichen Bericht und sieht darin eine gute Grundlage für die weitere Arbeit in den nächsten Jahren. Darauf aufbauend müssten nun Umsetzungsziele entwickelt werden. Vom Gemeinderat sei dazu im Vorfeld der Haushaltsberatungen für den DHH 2024/2025 die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu klären. Sehr gut ist aus ihrer Sicht die Orientierung an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) sowie deren Umsetzung in zehn kommunale Handlungsfelder. Im Handlungsfeld Klimaschutz sei Karlsruhe bei den Zielsetzungen schon weit vorangekommen. Aber auch für andere Handlungsfelder, wie beispielsweise Armut oder soziale Gerechtigkeit, seien die thematischen Verknüpfungen und der aktuelle Stand im Nachhaltigkeitsbericht gut ablesbar. In diesen Bereichen müsse in den kommenden Jahren weitergearbeitet werden. Sie dankt allen Ämtern, die an dem Bericht beteiligt waren und stellt in Aussicht, dass die GRÜNEN-Fraktion die weitere Entwicklung im Themenbereich Nachhaltigkeit im Blick behalten werde.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW|FÜR) würdigt den Bericht als sehr gut gemachtes Papier, gibt jedoch zu bedenken, dass bereits viele Papiere zu verwandten Themen erstellt wurden. Insofern sei Vieles schon bekannt gewesen. Ihm sei daher das Verhältnis des vorliegenden Berichtes zu vorherigen Konzepten unklar. Hinsichtlich der entscheidenden Frage, was daraus umgesetzt werde, befürchtet er, dass ein weiteres gutes Papier im Schrank verschwinden werde.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) hält den Nachhaltigkeitsbericht ebenfalls grundsätzlich für sehr gut. Die Beschlussvorlage konterkariere jedoch alles, da die personellen Ressourcen für eine Umsetzung zurückgestellt worden seien. Damit sieht sie das gesamte Konzept gefährdet und fragt, warum Mittel für einen Bericht eingesetzt worden seien, wenn nun keine zentrale Steuerung stattfinde. Diese Funktion nicht wahrzunehmen bedeute, dass das Nachhaltigkeitsthema entgleite. Einsparungen an anderer Stelle wären aus ihrer Sicht einfacher zu realisieren, weshalb die Fraktion DIE LINKE. sich einen diesbezüglichen Änderungsantrag vorbehalte.

Nach Ansicht von **Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD)** ist es gut, dass in dem Bericht nicht nur der Klimaschutz beachtet wurde, sondern insbesondere auch eine nachhaltige Verwaltung. Durch nachhaltige Personalbewirtschaftung sehe er die Möglichkeit, dass an anderer Stelle Ressourcen freigesetzt werden könnten, um die Umsetzung der im Bericht genannten Aufgaben ohne zusätzliche Stellenschaffung zu gewährleisten.

Hartmut Weinrebe (Sachkundiger Einwohner, BUND) hält es für gut, dass die Stadt einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt hat, der den Bürgerinnen und Bürgern, den kommunalen Mitarbeitenden und Dritten, wie interessierten Verbänden oder Investoren, einen Überblick über wichtige Daten, Geschehnisse und Handlungsabsichten der Stadt Karlsruhe biete. Irritierend sei jedoch, dass teils Datengrundlagen des von der Bertelsmann-Stiftung herausgegebenen „Wegweiser Kommune“ verwendet wurden, deren Quellen nicht immer bekannt oder aktuell seien. Sie wichen oft von stadteigenen Daten ab, welche stets vorzuziehen wären. Auch sei im Berichtsrahmen nicht eindeutig abgesteckt, ob der Bericht sich auf den Wirkungsraum der Verwaltung beschränke oder auch die Stadtgesellschaft mit einbeziehe. Hier wünscht er sich künftig eine bessere Klarstellung. Detailliert bezieht er Stellung zu einigen im Bericht beschriebenen Handlungsfeldern: Im Handlungsfeld Nachhaltige Verwaltung sieht er Karlsruhe noch nicht als nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit handelnd. So sei die Beschaffung nur in Teilen behandelt. Hier fehlen ihm Informationen zu wichtigen Vergabebereichen, wie kommunale Gebäude oder Fuhrpark, sowie eine tiefergehende Betrachtung der Frage von nachhaltiger Mobilität als Vergabekriterium bei allen städtischen Beschaffungen. Die Ist-Situation sieht er als unzureichend an und fordert, die in den Handlungsempfehlungen genannte Kompetenzstelle „Nachhaltige Beschaffung“ unverzüglich einzurichten. Einige Indikatoren, wie die Naturschutzflächen oder Daten zum Abfallaufkommen, sind seines Erachtens mit nicht aktuellen oder unzutreffenden Daten aus dem „Wegweiser Kommune“ hinterlegt. So sei der Bereich Abfall zu undifferenziert und hinsichtlich der Abfallmengen auch falsch dargestellt. Eine differenzierte Darstellung der kommunalen Abfallwirtschaft sei für das Ziel „Nachhaltige Kommune“ unerlässlich und könne in der aktuellen Diskussion zur Wertstoffsammlung hilfreich sein. Ebenso irritiere das Fehlen von Daten zu den Fließgewässern, da das Tiefbauamt in der Vergangenheit maßgebliche ökologische Umgestaltungen an der Alb vorgenommen habe, wie auch an der Pfingz positive Maßnahmen umgesetzt wurden. Auch könne auf die Anstrengungen zur naturschonenden Gewässerunterhaltung verwiesen werden. Abgeglichen werden müsse, inwieweit die im vorliegenden Gewässerentwicklungsplan der Alb von 2002 beschriebenen Maßnahmen umgesetzt worden seien. Auch sind ihm die Aussagen zur ökologischen Landwirtschaft im Stadtgebiet zu unpräzise. Im Handlungsfeld Klima und Energie solle stärker auf die Auswirkungen des stetig steigenden Fernwärmebereichs auf die THG-Emissionen und die vor diesem Hintergrund dringend gebotene Dekarbonisierung der Fernwärme eingegangen werden. Die EE-Stromerzeugung in Karlsruhe benennt er als erschreckend gering und fordert einen konsequenten Ausbau. Der Bezug auf das 100-Dächer-Programm sei überholt und nur dann berechtigt, wenn das Programm auf neue Ziele ausgerichtet und mit entsprechenden innovativen Maßnahmen umfassender und wirkungsvoller umgesetzt werde. Im Handlungsfeld nachhaltige Mobilität seien die Werte noch nicht gut. Obwohl die Zahl der PKW/1000 Einwohner mit 460 gegenüber der PKW-Dichte in Baden-Württemberg (ca. 600) relativ gering sei, bleibe im Vergleich mit Berlin oder Freiburg (ca. 330 und 310) viel Verbesserungspotenzial. Karlsruhe habe in den letzten Jahren einige positive Maßnahmen im verkehrlichen Bereich umgesetzt. Die als Handlungsbedarf genannten Maßnahmen seien aber zu allgemein und ließen weder konkreten Aktivitäten noch deren positiven

Wirkungen erkennen. Die Verknüpfung der verschiedenen Ziele/Maßnahmen sei besser zu berücksichtigen, und ohne Push-Maßnahmen verlören die erfolgten Pull-Maßnahmen (Radwege, Abstellanlagen...) ihre Wirkung, was auch aus einem Positionspapier der KEA hervorgehe. In einigen Themenbereichen sieht er die genannten Handlungsempfehlungen als nicht wirklich nachhaltig an, was er beispielhaft am Handlungsfeld Wirtschaft festmacht. Hier stellt er die Nachhaltigkeit des Ziels „Ausbau Kongressstandort“ in Frage, da dies zu Lasten anderer Standorte gehe. Eine systematische Überprüfung aller genannter Maßnahmen schein deshalb dringend geboten. In seinem Fazit fordert er mehr Personal, um die erforderlichen Daten besser zu hinterlegen. Aus seiner Sicht wäre dazu eine Stabsstelle im Bereich von Dezernat 1 sinnvoll, da Nachhaltigkeit Chefsache sein müsse.

Dr. Martin Sawillion (Sachkundiger Einwohner, KEA) erkennt in dem Bericht, dass die Stadt Nachhaltigkeit als Schwerpunktthema begreift. Um in den einzelnen Handlungsfeldern weiter arbeiten zu können, ist seiner Einschätzung nach eine zentrale Steuerung nicht unbedingt sofort erforderlich. Insofern sei dieser Anspruch zu relativieren. Die gewählten Indikatoren sieht er noch nicht alle als optimal geeignet an und gibt mit Bezug auf das 100-Dächer-Programm zu bedenken, dass der aktueller Ausbauwert der Dächer-PV-Anlagen noch um den Faktor 3-5 zunehmen müsse. Bei der Verkehrswende müsse mehr Gewicht auf die Rahmenbedingungen gelegt werden, statt auf Überzeugungsarbeit. Insgesamt sieht er eine Gewichtung der zehn Handlungsfelder als schwierig an, da sie in ihrer Bedeutung nicht miteinander vergleichbar seien.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) erwartet, dass der Bericht auf den Datenfriedhof wandert, da zur weiteren Umsetzung eine Strategie weder vorhanden noch leistbar sei. Er fragt, wo die dafür benötigten Stellen herkommen sollten und fordert für die Prioritätensetzung der Stadtverwaltung in der aktuellen Situation einen neuen Ansatz, den er nicht im Themenbereich Nachhaltigkeit sieht.

Arthur Bossert (**Sachkundiger Einwohner, NABU**) erinnert daran, dass der Begriff der Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft kommt und bedeutet, dass nicht mehr entnommen bzw. verbraucht werden darf, als auf natürliche Weise wieder nachwachsen kann. Wertvoll ist für ihn, dass der Bericht alle Tätigkeits- und Aktionsfelder der Verwaltung aufgelistet und zeigt, was bereits vorhanden ist und wo nachgesteuert werden muss. Er betont, dass in Karlsruhe nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch nichtstädtische Behörden, die Hochschulen sowie viele Betriebe und Bürgergruppen bereits in Richtung von mehr Nachhaltigkeit aktiv seien. Daher stellt sich ihm die Frage, ob es im weiteren Prozess nur um die Stadt und die Stadtpolitik gehe oder beabsichtigt sei, die Stadtgesellschaft mit einzubinden. Er betont, dass dies die Akzeptanz fördern würde.

Die Vorsitzende bedankt sich für alle Wortbeiträge und weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zur Erstellung des Nachhaltigkeitsberichtes im Jahr 2019 die städtische Haushaltslage noch besser war, als sie sich heute darstellt. Damals war die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbüros in der Folge des Berichtes angedacht. In der heutigen Situation sei jedoch eine extreme Priorisierung notwendig und es stehe fest, dass die im Bericht skizzierte weitere Steuerungsarbeit nicht aus dem Personalbestand geleistet werden kann. Bezüglich der Kritikpunkte zur Bearbeitungstiefe gibt sie zu bedenken, dass die Projektstelle, welche den Bericht erst ermöglicht hat, nur für ein Jahr vorhanden war. Hinsichtlich dieser sehr kurzen Bearbeitungszeit im Verhältnis zur thematischen Bandbreite würdigt sie die große Leistung der hier vorliegenden Arbeit. Der Wunsch nach einer

zentralen Steuerung des Nachhaltigkeitsprozesses bleibe für die Zukunft weiter bestehen und könne hoffentlich umgesetzt werden, wenn wieder mehr Spielraum bestünde. Trotzdem sieht sie nun eine gute Bestandsaufnahme gegeben. In vielen Bereichen seien bereits klare Zielvorgaben vorhanden und würden konsequent verfolgt. So könnten die Handlungsfelder bis auf Weiteres auch mit einem dezentralen Ansatz weiterentwickelt werden. Hervorzuheben ist für sie der Beitrag des Berichtes zur Bewusstseinsbildung, sodass dieser selbst schon ein wichtiger strategischer Schritt für die Entwicklung der Nachhaltigkeit in Karlsruhe sei. Die Beteiligung der Stadtgesellschaft werde auch ohne strategische Steuerung überall dort erfolgen, wo konzeptionelle Zielsetzungen erarbeitet werden sollen.

Norbert Hacker (Amtsleiter Umwelt- und Arbeitsschutz) betont, dass der Auftrag des Berichtes in einer Bestandsaufnahme lag. Ziel dieser Bestandsaufnahme war es, dass der Gemeinderat auf ihrer Grundlage darüber entscheiden könne, in welchen Handlungsfeldern für die Zukunft weitere Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Die Aufgabe bestand dementsprechend darin, die Aktivitäten in den einzelnen Handlungsfeldern knapp und übersichtlich zusammenzufassen. Dabei gibt er zu bedenken, dass die Inhalte des Berichtes nur so gut sein können, wie die Zulieferungen aus allen Dienststellen. Diese innerhalb eines Jahres einzuholen und aufzuarbeiten, sei eine sehr große Aufgabe gewesen. Die strukturellen und thematischen Hintergrundinformationen im Bericht sieht er als Herausforderung für Überlegungen des Gemeinderates über die politischen Handlungsfelder, die zukünftig weiterentwickelt werden sollen. Auf Grundlage dieser Überlegungen können aus seiner Sicht dann für den DHH 2024/2025 Entscheidungen darüber getroffen werden, was aufgegriffen und vertieft werden soll.

Auch **die Vorsitzende** hebt hervor, dass nun der Gemeinderat gefordert sei, das Beste aus dem Bericht zu machen und zu entscheiden, was für die Zukunft wesentlich sein soll. Sie erinnert daran, dass der Bericht nach dieser Vorberatung im Gemeinderat behandelt wird.

Ariane Kropp (bis Ende November 2021 Inhaberin der Projektstelle zur Erstellung des Nachhaltigkeitsberichtes) ergänzt mit Blick auf die Kritik an einzelnen Datenquellen, dass teilweise Daten aus dem Wegweiser Kommune verwendet wurden, da dieser wichtige statistische Daten zu allen Kommunen bereithalte. Die Datenquellen seien dort jeweils nachvollziehbar hinterlegt. Für viele Indikatoren habe das städtische Amt für Stadtentwicklung die Daten für den Bericht aufgearbeitet und bereitgestellt. Dies sei jedoch mit einem großen Aufwand verbunden gewesen, sodass die pragmatische Entscheidung getroffen werden musste, auch auf Daten aus dieser externen Quelle zurückzugreifen.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung über die Vorlage mit folgendem Ergebnis:
Naturschutzbeirat: einstimmige Zustimmung mit 5 Stimmen
AUG: Zustimmung mit 15 Stimmen bei einer Enthaltung

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Susanne Gerner
Protokollführerin

Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat

22. März 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Susanne Gerner

TOP 5 Sonstiges

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Bettina Lisbach informiert über folgende Punkte:

Erdbörse Karlsruhe

Der Fa. Erdbörse Karlsruhe GmbH & Co. KG wurde am 14. Januar 2022 eine immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung erteilt zur Verlängerung des Betriebs der bestehenden Anlage in der Essostraße in Knielingen zur Lagerung und Behandlung unbelasteter Bodenmaterialien und Abfälle für weitere fünf Jahre bis 2027. Die Lager- und Durchsatzmengen blieben dabei unverändert (Lagermenge 150.000 t; Durchsatzleistung 225.000 t / Jahr). Die Erdbörse betreibt die Behandlung und Weiterverwertung von Bodenmaterialien vorwiegend im Bereich des Stadt- und Landkreises Karlsruhe und besteht grundsätzlich seit 1993 an diesem Standort. Sie wurde in der derzeitigen Ausprägung im Wesentlichen 2011 und im Folgenden 2017 jeweils befristet genehmigt. Im unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführten Genehmigungsverfahren hatten die Naturschutzverbände und eine Bürgerinitiative Einwendungen erhoben. Dabei wurde unter anderem mit Blick auf hohe Vorbelastungen eine fehlende Gesamtsteuerung von Industrie- und Abfallentsorgungsanlagen in Karlsruhe moniert und eine Mengenreduzierung gefordert. Seitens der städtischen Fachdienststellen bestanden gegen die erneute Verlängerung keine Bedenken. Die fachliche Unbedenklichkeit, insbesondere was Staubemissionen betrifft, konnte mittels Gutachten nachgewiesen werden. Die Erdbörse hat in den letzten Jahren auch die genehmigten Mengen nicht ausgeschöpft. Es handelt sich bei dieser Genehmigung um den Bereich der hoheitlichen Tätigkeit der Stadt als untere Verwaltungsbehörde. Ein Entscheidungsrecht des Gemeinderats besteht daher nicht. Da die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen und im Immissionsschutzrecht in diesem Fall ein Rechtsanspruch auf Genehmigung besteht, war diese zu erteilen.

Luftreinhaltung:

Das Verkehrsministeriums Baden-Württemberg hat die Stadt darüber informiert, dass im Regierungsbezirk Karlsruhe die Luftreinhalte-/aktionspläne für die Teilbezirke Heidelberg, Karlsruhe und Pfinztal hinsichtlich der weiteren Erfordernisse der dort festgelegten Maßnahmen geprüft werden sollen. Das betrifft im Wesentlichen den Bestand der grünen Umweltzonen und damit die Aufhebung der betreffenden Luftreinhaltepläne insgesamt. Das Verkehrsministerium hat hierzu einen Erlass an die Regierungspräsidien angekündigt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe wird zu gegebener Zeit über die weiteren Schritte informieren und die Stadt in das Verfahren einbinden. Zur weiteren Information wurde die Messwertübersicht der Jahresmittelwerte 2019-2021 mitgeliefert für NO₂ (Grenzwert = 40

$\mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel). Demnach sind die Messwerte in der Rheinhold-Franck-Straße von $34 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahr 2019 über $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in 2020 auf $29 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in 2021 gesunken.

Marlies Fichter (Sachkundige Einwohnerin, BUND) fragt nach dem Stand der in Aussicht gestellten Stellungnahme des Liegenschaftsamtes zur ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe.

Die Vorsitzende teilt mit, dass diese Stellungnahme bisher noch nicht vorliegt, nach ihrer Fertigstellung jedoch im Ausschuss vorgestellt wird. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgt sind, schließt sie die Sitzung.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Susanne Gerner
Protokollführerin